

1

Entwurf für ein Grundsatzpapier der BAG DIE LINKE.queer

2
3
4
5
6
7
8

"Being queer means leading a different sort of life. It's not about the mainstream, profit margins, patriotism, patriarchy or being assimilated. It's not about executive directors, privilege and elitism. It's about being on the margins, defining ourselves; it's about gender-fuck and secrets, what's beneath the belt and deep inside the heart; it's about the night. Being queer is "grass roots" because we know that everyone of us, every body, every cunt, every heart and ass and dick, is a world of pleasure waiting to be explored. Every one of us is a world of infinite possibility." (aus einem Flugblatt von Queer nations, 1990)

9
10
11
12
13
14
15

Die Bundesarbeitsgemeinschaft DIE LINKE.queer ist ein Zusammenschluss von Menschen im Umfeld der LINKEN, die Patriarchat und andere Herrschaftsverhältnisse auflösen wollen. Wir wollen Normierungen abschaffen und uns für die Gleichstellung von Menschen aller Identitäten, sexueller Orientierungen und Lebensweisen einsetzen. Unsere Grundsätze der Gleichberechtigung aller Menschen wollen wir theoretisch fundieren und praktisch umsetzen. Für uns sind soziale Gleichheit und individuelle Freiheit untrennbar verbunden. Deshalb beteiligen wir uns an gesellschaftlichen Debatten und wirken innerhalb und außerhalb der LINKEN.

16

Queere Politik gestalten

17
18
19
20
21
22
23

Jeder Mensch hat das Recht, selbstbestimmt zu entscheiden, mit welchen anderen Menschen er oder sie Beziehungen eingehen möchte und welcher Art diese sind. Bisher ist dies nicht der Fall: Menschen werden in Bezug auf Geschlecht, Identität, sexueller Orientierung und Lebensweise gesellschaftlichen Normierungen unterworfen. Lesben, Schwule, Transgender und andere, die sich diesen Normierungen entziehen, werden gesellschaftlich sanktioniert, in einigen Ländern der Welt bis hin zur Todesstrafe. Einige Menschen werden in der Bundesrepublik Deutschland noch im Kleinkindesalter verstümmelt, nur weil ihnen ein eindeutiges Geschlecht zugewiesen werden "muss".

24
25
26
27
28
29
30

Radikal-feministische Ansätze, queere Bewegungen und die Queer theory sind Grundlagen unserer Arbeit. Wir wollen diese aufgreifen, in außerparlamentarischen Bewegungen und auf parlamentarischen Ebenen umsetzen und für unsere sozialistischen Gesellschaftskritik zusammenführen. Rechtliche Regelungen sind nur ein Mittel zum Abbau von Diskriminierungen. Wichtiger als solche Gesetze sind aber praktische Veränderungen im direkten Lebensumfeld von Menschen. HIER wo wir leben, finden Diskriminierungen statt und muss für Akzeptanz und Gleichberechtigung gestritten werden. Dafür schlagen wir konkrete Maßnahmen vor.

31

Gleichstellung aller Lebensweisen

32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54

Derzeit ist unsere Gesellschaft zweigeschlechtlich, heterosexuell und weiß normiert. Dem Abbild der Ehe nachempfunden, schafft die eingetragene Lebenspartnerschaft neue Normierungen für lesbische und schwule Paare. Wiederum sind Menschen, die sich nicht diesen Normierungen aussetzen wollen, Diskriminierungen ausgesetzt. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Benachteiligungen ein Ende haben. Dazu müssen zweigeschlechtliche und heterosexuelle Normierungen aufgelöst werden und alle Menschen selbstbestimmt und gleichberechtigt ihr Leben gestalten können. Wir wollen Rechtssicherheit und die Gleichstellung aller Lebensweisen, egal ob homo oder hetero, allein oder zu mehreren lebend, sofern die Beziehungen auf Freiwilligkeit beruhen. Dem gegenüber steht der sogenannte Bürgerrechtsansatz. Er orientiert sich an den Vorstellungen eines neoliberalen Wirtschaftssystems und möchte möglichst individualisierte, nicht-diskriminierte Menschen in Wirtschaftsprozessen verwerten. Er führt damit zur Schaffung neuer Normierungen und Diskriminierungen und zur Benachteiligung und zum Ausschluss von Menschen. Die Gleichstellung aller Lebensweisen heisst für uns: Staat und Gesellschaft haben alle selbstbestimmten Beziehungen zwischen Menschen unabhängig von sexueller Orientierung und Geschlecht zu respektieren. Eine staatliche Alimentierung ist nur Lebensgemeinschaften mit Kindern oder Pflegebedürftigen zu gewähren. Die Privilegien der Ehe müssen abgeschafft werden. Wir fordern unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz, das Beweislastumkehr und Verbandsklagerecht beinhalten muss. Das Transsexuellengesetz ist an die Erfordernisse der betroffenen Menschen anzupassen. Dazu gehört beispielsweise eine Neuregelung der Personenstandsrechts und die Sicherstellung der Finanzierung aller notwendigen medizinischen Behandlungen.

55

Queers gegen Rechts – Antirassismuarbeit

56

Menschen, die andern fremd vorkommen, sind Anfeindungen ausgesetzt, werden mit Gewalt bedroht

57 und erleiden vielfach gewalttätige Übergriffe. Die Asyl- und Einwanderungspolitik der Europäischen
58 Union und der Bundesrepublik Deutschland erschwert es Geflohenen und Eingewanderten, einer
59 Erwerbsarbeit nachzugehen und sich frei und öffentlich zu bewegen. Sie ist vielmehr auf die
60 Zuwanderung von Expertinnen auf verschiedenen Forschungsgebieten ausgelegt, Menschen, die
61 wegen nicht-staatlicher oder staatlicher Verfolgung oder aus Armut migrieren, sind nicht willkommen.
62 Wir setzen uns für offene Grenzen für alle Menschen und gegen eine Festung Europa ein! Wir fordern
63 die Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung sowie staatlicher und nichtstaatlicher Verfolgung
64 auf Grund der sexuellen Orientierung als Asylgründe. Die derzeitige restriktive Asylpolitik treibt
65 Menschen, die in Europa Schutz suchen, in die Illegalität, in Abhängigkeits- und
66 Ausbeutungsverhältnisse. Die Abschottung Europas verschärft die Ausbeutungen von Kindern,
67 Jugendlichen und Erwachsenen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, befördert Menschenhandel
68 und Versklavung in nicht selbstbestimmter Prostitution.

69 Debatten wie die um die Leitkultur sind dazu geeignet, die ohnehin in breiten Bevölkerungskreisen
70 schon vorhandenen Vorbehalte gegenüber allem "Anderen" weiter anzuheizen. In weiten Regionen
71 der Bundesrepublik Deutschland sind Menschen, die anders sind, anders leben oder anders lieben
72 unerwünscht. Sie müssen Angst haben, vor der sich selbst als "normal" bezeichnenden Bevölkerung
73 und den sich daraus rekrutierenden Neonazis. Neonazis sind nur die Spitze eines Eisberges, der auf
74 Rassismus und Fremdenfeindlichkeit breiter Bevölkerungsschichten beruht. So genannte national
75 befreite Zonen, wie sie z.B. in Bayern, Brandenburg und Sachsen bestehen, nehmen wir nicht hin. Wir
76 stellen uns dieser wachsenden Gefahr entgegen und unterstützen antirassistische und
77 antifaschistische Gruppen und Zusammenhänge.

78 **Patriarchatskritik und Antisexismusarbeit**

79 Reale Teilhabe und gleiche Rechte für Frauen sind Hauptanliegen der Frauenbewegung seit dem 19.
80 Jahrhundert. Auf dem Weg zu einer Gleichberechtigung wurde schon viel erreicht, von dem Ziel einer
81 wirklichen Teilhabe sind wir aber noch weit entfernt. Noch immer sind Gesetze und Verordnungen
82 vorherrschend, die unmittelbare und mittelbare Diskriminierungen gegenüber Frauen tolerieren oder
83 befördern. Im gesellschaftlichen Leben werden Benachteiligungen von Frauen und Bevorzugungen
84 von Männern noch immer als selbstverständlich wahrgenommen.

85 HERRschaftliche Gewalt gegenüber Frauen findet in unserer Gesellschaft statt, wird verschwiegen
86 und ist akzeptiert. Neben die strafrechtlich verfolgten Gewaltverbrechen treten Gewalttaten im
87 familiären Umfeld und in der Ehe, die nur selten angezeigt werden, da sie durch
88 Abhängigkeitsverhältnisse gestützt und von der Gesellschaft akzeptiert werden.

89 Diesen Zustand möchten wir - als grundlegender Bestandteil queerer Lebens- und Politikansätze -
90 ändern. Dazu suchen wir die Zusammenarbeit mit den Frauenbewegungen und innerhalb der LINKEN
91 mit der feministischen Arbeitsgemeinschaft Lisa.

92 **Selbstbestimmt leben, in jedem Alter!**

93 Wir wollen, dass Mensch in jedem Alter selbstbestimmt, anerkannt, akzeptiert und gleichberechtigt
94 leben können. Ein selbstbestimmtes Leben ist nicht von Geburt aus gegeben. Gesellschaft hat die
95 Verantwortung, Situationen zu schaffen, in denen Kinder selbstbestimmt lernen und sich entwickeln
96 können. Akzeptanz und Gleichberechtigung gegenüber Menschen anderer Identitäten, sexueller
97 Orientierungen, Hautfarbe, Glaubens, Lebensweisen und Lebensauffassungen müssen
98 selbstverständlicher Bestandteil des durch Eltern, Schule und Gesellschaft begleitenden Aufwachsens
99 jedes Kindes und Jugendlichen sein.

100 Eingriffe in die freie Entwicklung von Kindern müssen sich immer am Ziel der Befähigung zur
101 Selbstbestimmung legitimieren. Auch deshalb betrachten wir sexuelle Beziehungen zwischen Kindern
102 und Erwachsenen in keinem Falle als einvernehmlich. Machtunterschiede, wie finanzielle Zwänge,
103 sehr unterschiedliche Erfahrungen, psychische und physische Gewalt führen dazu, dass sexuelle
104 Handlungen zwischen Kindern und Erwachsenen nicht selbstbestimmt für alle Beteiligten lebbar sind.
105 Wir treten dem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, Kinderpornografie und der Prostitution
106 Minderjähriger aktiv entgegen.

107 Ältere Menschen haben erheblich zu dem Lebensstandard, den alle Menschen nutzen, beigetragen,
108 haben sich Qualifikationen angeeignet, haben Liebe und Erfahrungen gesammelt und immer noch zu
109 geben. Diese Erfahrungen sind vorhanden. Durch Zusammenarbeit von älteren und jüngeren
110 Menschen können diese Erfahrungen genutzt und weiterentwickelt werden. Sie müssen ein Anrecht
111 auf Erwerbsarbeit, auf ehrenamtliche Arbeit, auf kostenlose Bildung, ein kostenloses
112 Gesundheitssystem und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe haben. Die Sexualität älterer

113 Menschen darf nicht länger tabuisiert werden. Ausgrenzungen gegenüber älteren Lesben und
114 Schwulen sind auch und gerade in der so genannten "Community" vorhanden – und nehmen dort
115 vielleicht sogar einen größeren Raum ein. Wir streiten deshalb auch und insbesondere in der
116 Community für eine gleichberechtigte Teilhabe von älteren und jüngeren Lesben, Schwulen und wie
117 sich Menschen auch immer selbst definieren.

118 **Selbstbestimmt leben – mit und ohne Behinderung**

119 Menschen mit Behinderungen werden in unserer Gesellschaft mit Argwohn beobachtet oder es wird
120 ihnen Mitleid geschenkt. Unsere Gesellschaft forscht mit allen Mitteln danach, alle Merkmale und
121 Verhaltensweisen auszulesen, die nicht in das "normale" Raster passen, die nicht unsichtbar sind, die
122 AUFFALLEN. Ihnen wird der Platz in der Gesellschaft aberkannt. Dafür ist leider auch die sonst selbst
123 diskriminierte Community keine Ausnahme, wenn es um Menschen mit Behinderungen geht.
124 Behinderung wird hier häufig nur als Fetisch zur Befriedigung der eigenen sexuellen Lust gesehen;
125 Menschen mit Behinderung wird die eigene Sexualität aberkannt.

126 Gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft "Selbstbestimmte Behindertenpolitik" greifen wir das
127 Themengebiet Sexualität und Behinderung auf und setzen wir uns für ein selbstbestimmtes und
128 gleichberechtigtes Leben, Lieben und selbstbestimmte und gleichberechtigte Sexualität von
129 Menschen mit und ohne Behinderungen ein. Darüber hinaus suchen wir Zusammenarbeit mit
130 Behindertenverbänden und der Krüppelbewegung.

131 **Arm und Reich – Gegensätze, die Benachteiligungen befördern.**

132 Finanzielle Beschränkungen verhindern bisher häufig eine gleichberechtigte Teilnahme an der
133 Gesellschaft. Der Ausschluss wird durch die Agenda 2010 und die so genannten Reformen wie Hartz
134 und Rürup weiter verstärkt. Für ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben ist das
135 Arbeitslosengeld II, wie zuvor die Sozialhilfe, zu niedrig bemessen. Laut OECD liegt die Armutsgrenze
136 für die Bundesrepublik Deutschland bei 750 €. Um Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe an der
137 Gesellschaft (Ernährung, Gesundheit, Bildung, Kultur, Pluralismus...) zu ermöglichen, treten wir für
138 eine Soziale Grundsicherung ein, die jedem Menschen zur Verfügung steht und die mindestens einem
139 Betrag von 800 € plus Miete entspricht.

140 Hohe Zuzahlungskosten für Medikamente und Arztbehandlungen machen medizinische
141 Behandlungen für finanziell benachteiligte Menschen unbezahlbar. Besonders davon betroffen sind
142 chronisch Kranke. Mittlerweile hat sich in der Bundesrepublik Deutschland eine Zweiklassenmedizin
143 etabliert, in der sich nur noch gut Verdienende eine gute Behandlung leisten können. Wir fordern,
144 dass alle Menschen, unabhängig ihrer finanziellen Situation, Zugang zu einer medizinisch gebotenen
145 Versorgung haben.

146 **Leben mit HIV und Aids**

147 In der BRD liegt die Zahl von HIV-Neuinfektionen seit Mitte der 90-er Jahre konstant unter 2000. Dies
148 ist ein Erfolg der Arbeit der Aids-Hilfen, die auf dem Konzept der strukturellen Prävention beruht. Eine
149 totale Verhütung von Neuinfektionen kann es nicht geben, da Liebe und Sexualität meist wenig mit
150 Rationalität zu tun haben.

151 Die neokonservativen Angriffe auf die Lebensstil akzeptierende Arbeit der Aids-Hilfe gilt es deshalb
152 entschlossen zurückzuweisen. Wir wollen, dass die Arbeit der Aids-Hilfen, lokal, regional und
153 bundesweit, auskömmlich und auf Entwicklung orientiert finanziert wird.

154 Der Ansatz der deutschen Aids-Hilfe-Bewegung illustriert mit Erfolg: Gesellschaftliche Ausgrenzung
155 und Verletzung des Selbstwertgefühls führt zu einer größeren Bereitschaft eine HIV-Infektion zu
156 riskieren. Emanzipation ist daher ein Beitrag zur HIV-Prävention.

157 **Queer kennt keine Grenzen**

158 Als Mitglied der International Gay and Lesbian Association (ILGA) setzen wir uns für die weltweite
159 Gleichstellung aller Menschen, gleich welcher Identität, sexueller Orientierung und Lebensweise ein.
160 Wir befürworten die brasilianische UN-Resolution, die Diskriminierungen auch auf Grund der Identität,
161 der sexuellen Orientierung und der Lebensweise weltweit verbieten will. Wir fordern die Freigabe aller
162 Medikamente zur Aids-Bekämpfung und die Sicherstellung ausreichender Mittel zur Präventionsarbeit.

163 In Europa streiten wir für eine umfassende Richtlinie, die sich ausdrücklich gegen Diskriminierung
164 ausspricht. Diese Richtlinie muss in allen Mitgliedsstaaten, also auch in der Bundesrepublik
165 Deutschland, als Antidiskriminierungsgesetz in nationales Recht umgesetzt werden. Dabei sollen
166 durch ein Antidiskriminierungsgesetz alle Gründe erfasst werden, aus denen Menschen
167 Benachteiligung droht – seien es Geschlecht und sexueller Orientierung oder Behinderung, Religion,
168 Hautfarbe und Herkunft oder Alter.

169 Wir suchen die Zusammenarbeit mit allen Menschen, die die dargestellten Ziele verfolgen – und laden
170 dich recht herzlich zur aktiven Mitarbeit ein!
171